

A b d r u c k  
**Niederschrift**  
über die **öffentliche** Sitzung des Kreistages Miltenberg  
von Montag, den 26.07.2010,  
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung:           10:00 Uhr  
Ende der Sitzung:            14:10 Uhr

**Den Vorsitz führte Herr Landrat Roland Schwing.**

**Anwesend waren:**

**Kreistagsmitglieder**

Frau Gabriele Almitter	bis 13:10 Uhr
Herr Dietmar Andre	
Herr Karlheinz Bein	
Herr Michael Berninger	
Herr Joachim Bieber	
Herr Helmut Demel	
Frau Sonja Dolzer-Lausberger	
Herr Erwin Dotzel	bis 13:25 Uhr
Frau Ellen Eberth	
Herr Hermann-Josef Eck	
Herr Roland Eppig	
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn	
Frau Emma Fichtl	
Herr Bruno Fischer	
Frau Rita Follner	
Herr Ulrich Frey	
Herr Boris Großkinsky	
Frau Birgit Hotz	
Herr Dr. Heinz Kaiser	
Frau Claudia Kappes	
Herr Reinhold Köhler	
Herr Thomas Köhler	
Frau Hannelore Kreuzer	
Herr Erich Kuhn	bis 13:50 Uhr
Herr Edwin Lieb	ab 12:30 Uhr
Herr Dr. Heinz Linduschka	
Herr Matthias Luxem	
Herr Peter Maurer	
Herr Thorsten Meyerer	bis 13:15 Uhr
Frau Petra Münzel	bis 12:00 Uhr
Herr Karl-Joachim Oberle	
Herr Jürgen Reinhard	
Herr Ludwig Ritter	
Herr Berthold Rüth	
Herr Jens Marco Scherf	
Herr Otto Schmedding	
Herr Peter Schmitt	bis 13:10 Uhr
Herr Steffen Scholz	
Frau Monika Schuck	
Herr Kurt Schumacher	
Herr Manfred Schüssler	
Frau Juanita Schwaab	

Herr Reinhard Simon  
 Herr Hermann Spinnler  
 Herr Erich Stappel  
 Herr Dr. Christian Steidl  
 Frau Anne Tulke  
 Herr Dr. Rainer Vorberg  
 Herr Roland Weber  
 Frau Ruth Weitz  
 Herr René Wendland  
 Herr Wolfgang Zöllner

**Entschuldigt gefehlt haben:**

**Kreistagsmitglieder**

Herr Walter Berninger  
 Herr Michael Günther  
 Herr Hubert Klimmer  
 Herr Günther Oettinger  
 Herr Dr. Ulrich Schüren

**Gefehlt haben:**

**Kreistagsmitglieder**

Frau Marion Becker  
 Herr Bernd Schötterl  
 Herr Bernhard Stolz

**Von der Verwaltung haben teilgenommen:**

Herr Verwaltungsdirektor Dietmar Fieger	
Herr Verwaltungsoberamtsrat Kurt Straub	
Herr Verwaltungsoberamtsrat Gerhard Rüth	
Herr Verwaltungsoberamtsrat Rainer Wöber	zu TOP 6+7
Herr Regierungsoberinspektor Steffen Krämer	zu TOP 6+7
Frau Kristina Wagner, Schriftführerin	

**Ferner haben teilgenommen:**

Herr Baudirektor Norbert Biller, Staatliches Bauamt Aschaffenburg	zu TOP 3
Herr Thomas Feußner, Vorstand der Sparkasse Miltenberg-Obernburg	zu TOP 2
Herr Philipp Ehni, Sparkasse Miltenberg-Obernburg	zu TOP 2
Frau Hedwig Eckert, Kreisheimatpflegerin	zu TOP 1
Herr Gerd Wolf, Kreisheimatpfleger	zu TOP 1
Herr Wolfgang Hartmann, Kreisheimatpfleger	zu TOP 1
Herr Dr. Werner Trost, Kreisheimatpfleger	zu TOP 1
Frau Ursula Mottl	

Vor Eintritt in die Tagesordnung bat Landrat Schwing um Gedenken an die Toten des tragischen Unglücks in Duisburg am vergangenen Samstag. Mit Bestürzung und Fassungslosigkeit habe er die Nachricht von den tragischen Ereignissen bei der Loveparade in Duisburg erfahren. Die traurige Bilanz dieses Unglücks waren neben 21 Toten auch 340 verletzte Personen. In diesen schweren Stunden gelte unser Mitgefühl den Angehörigen der Opfer. Es sei wichtig, die Ursachen dieser Katastrophe umfassend und schnell aufzuklären, damit die Sicherheitsmaßnahmen für künftige Großereignisse noch verbessert werden. Er bat um eine Gedenkminute.

Weiterhin gratulierte Landrat Schwing Kreisrat und Bürgermeister Joachim Bieber zur Vollendung seines 60. Lebensjahres am 29.04.2010 sowie Kreisrat Dr. Linduschka zur Vollendung seines 60. Lebensjahres am 24.05.2010.

Des Weiteren verabschiedete Landrat Schwing Frau Ursula Mottl zum zweiten Male in den verdienten Ruhestand und überreichte ihr einen Blumenstrauß sowie ein Weinpräsent.

Landrat Schwing wies außerdem auf das Endspiel des SV Erlenbach (Bezirksoberliga Unterfranken) und dem SV Altenbuch (Meister der Kreisklasse 3) am Samstag, den 31.07.2010 um 18:00 Uhr auf dem Sportgelände der TuS Dorfprozelten hin.

### **Tagesordnung:**

- 1 Tätigkeitsbericht der Kreisheimatpfleger
- 2 Jahresabschluss der Sparkasse Miltenberg-Obernburg zum 31.12.2009
- 3 Bericht zum Verkehrsmodell für den Landkreis Miltenberg durch Herrn Baudirektor Biller (Staatliches Bauamt Aschaffenburg)
- 4 Beteiligungsbericht
- 5 Haushaltsplan 2010 - Genehmigung durch die Regierung Unterfranken
- 6 Jahresabschluss 2008 des Landkreises Miltenberg;
  - a) örtliche Prüfung
  - b) Feststellung
- 7 Rechnungsjahr 2008 - Erteilung der Entlastung
- 8 Livestreamübertragung öffentlicher Sitzungen – Bekanntgabe der Entscheidung der Regierung von Unterfranken vom 26.05.2010 zur Eingabe von Kreisrat Dr. Heinz Linduschka vom 10.04.2010
- 9 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

### **Tätigkeitsbericht der Kreisheimatpfleger**

Landrat Schwing begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt die Kreisheimatpflegerin Eckert sowie die Kreisheimatpfleger Hartmann, Dr. Trost und Wolf.

Den Bericht der Kreisheimatpfleger, der vorab im Kreistagsinformationssystem (KIS) zur Verfügung gestellt worden war, erstattete Kreisheimatpfleger Wolf.

Landrat Schwing dankte Kreisheimatpfleger Wolf für seine Ausführungen. Er ergänzte, im letzten Jahr habe man die Zuschussrichtlinien verbessert, so dass bessere Voraussetzungen als in den Vorjahren für die Bürgerinnen und Bürger vorhanden seien. Man merke, Denkmalpflege sei eine Daueraufgabe, die nie aufhöre. Gerade in Zeiten der Globalisierung, in der man sich gerade befinde, habe Denkmalpflege einen wichtigen Stellenwert. Heimatpflege führe auch dazu, für Millionen Menschen eine Heimat zu sein, um Wurzeln schlagen zu können. Daher sei diese Aufgabe so wichtig. Der Landkreis Miltenberg sei mit vier Kreisheimatpflegern besser bestückt als manch anderer bayerischer Landkreis. Die Arbeit sei sehr gut eingespielt. Das breite Spektrum sei entsprechend aufgeteilt. Er dankte allen vier Kreisheimatpflegern nochmals herzlich für die jahrzehntelange Arbeit.

Kreisrat Dr. Linduschka dankte stellvertretend für alle Kreistagsfraktionen ebenfalls den Kreisheimatpflegern für ihre Arbeit. Ein wichtiger genannter Punkt sei die schleichende Rückziehung des Staates aus der Förderung. Sicher sei aber, dass Einsparungen in diesem Bereich sehr kurzfristig und schädlich seien. Der Landkreis Miltenberg und auch viele seiner Kommunen (wie beispielsweise Eschau mit seinem neuen Marktplatz) haben aber trotz relativ knapper Kassen ihre Aufgaben weitestgehend erfüllt und würden dies immer noch tun. Dies bringe Attraktivität auf einer gesunden, intellektuellen Basis. Er lobte die Kreisheimatpfleger, sie würden beweisen, dass „volkstümlich“ das Gegenteil von „volksdummlich“ sei. Sie würden seriöse und gediegene Arbeit leisten. Dies sei ein wichtiger Punkt, wenn man mittel- und langfristig Erfolg haben wolle. Daher sei diese Arbeit, die dankenswerterweise vom Landkreis und den Kommunen unterstützt werde, nicht zu unterschätzen.

Landrat Schwing dankte Kreisrat Linduschka für seinen Beitrag und verabschiedete mit einem nochmaligen Dank die vier Kreisheimatpfleger.

Tagesordnungspunkt 2:

### **Jahresabschluss der Sparkasse Miltenberg-Obernburg zum 31.12.2009**

Landrat Schwing begrüßte den Vorsitzenden der Sparkasse Miltenberg-Obernburg, Herrn Thomas Feußner sowie Herrn Philipp Ehni.

Vorstandsvorsitzender Feußner erstattete sodann anhand der anliegenden Präsentation den Bericht zum Jahresabschluss der Sparkasse Miltenberg-Obernburg.

Landrat Schwing dankte ihm, seinen Vorstandskollegen und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen der Sparkasse. Jeder habe seinen Beitrag und Mosaikstein zu diesem guten Ergebnis beigetragen. Es sei ein schwieriges Jahr für alle gewesen, aber ein gutes Jahr für die Sparkasse. Als Vertreter des Gewährträgers sei wichtig, dass die Restrukturierung der Sparkasse vorankomme. Gerade in schwierigen Zeiten seien dies hervorragende Fortschritte.

Kreisrat Scholz gratulierte zu dem vorliegenden guten Ergebnis, gerade in einem Jahr, in dem es die Bankenbranche nicht leicht gehabt habe. Somit habe sich die Sparkasse als stabiler Partner für alle Beteiligten gezeigt. Er stellte die Frage, ob es provisionsähnliche Gehaltsanteile noch gebe oder abgeschafft worden seien und erkundigte sich, ob sich die Sparkasse im Falle von Banküberfällen um die Betroffenen kümmere. Weiterhin interessiere es ihn, aus welchem Grund die Abschreibungen gestiegen seien und wie noch das Engagement der Sparkasse in Bezug auf PIGS-Anleihen aussehe. Er danke natürlich für die gute Arbeit und die Stabilität.

Vorstandsvorsitzender Feußner beantwortete seine Fragen. Früher habe es direkte Provisionen bei Abschluss von Bausparverträgen und Versicherungen gegeben. Dies gebe es nicht mehr. Allerdings gebe es variable Gehaltsanteile, sogenannte Tantieme. Diese werde gezahlt auf unterschiedliche Leistungskriterien, je nach Mitarbeiter und Aufgabenspektrum. Beispielsweise komme auch Kundenzufriedenheit hinzu. Auf abgeschlossene Produkte zahle man allerdings nicht mehr.

In Bezug auf Banküberfälle habe man Krisenreaktionsteams, die betroffene Mitarbeiter sofort betreuen. Dies sei ein schwieriges Thema, man versuche natürlich gegenzusteuern. Man habe neben den Mitarbeitern auch spezielle Psychologen, die Behandlungen vornehmen.

Das Thema Landesbank sei in der Gewinn- und Verlustrechnung verarbeitet. Die Zahlen der Abschreibungen kämen in erster Linie hieraus, es sei nicht so sehr das Kreditgeschäft mit Firmenkunden, hier bewege man sich in kleinerem Rahmen. Die stillen Beteiligungen der Landesbank seien handelsrechtlich abgeschrieben worden, da man momentan keine Erträge generiere. Im Kreditgeschäft gebe es daher kein Problem.

Bezüglich der PIGS-Anleihen habe man Anleihebestände von insgesamt ca. 4 Mio. €. Auch hier sei man sauber.

Kreisrat Scherf dankte ebenfalls für den Bericht. Er erwähnte positiv die Belebung im Baugeschäft durch energetische Sanierungen. Weiterhin dankte er für das soziale Engagement der Sparkasse. Auf die Zahl von 64 % Frauenanteil bei der Sparkasse fragte Kreisrat Scherf, wie hoch der Frauenanteil in verantwortlichen Positionen (z. B. Filialleitungen) sei. Missfallen wolle er äußern in Bezug auf Filialschließungen und dadurch dem Absterben der Ortskerne. Seines Erachtens solle eine öffentlich-rechtliche Bank hier unterstützen. Als Beispiel nannte er Kleinheubach und nannte es „McDonaldisierung“ der Gesellschaft.

Vorstandsvorsitzender Feußner beantworte seine Frage zum Frauenanteil. 75 % der Auszubildenden seien Frauen. Weiterhin habe man eine hohe Teilzeitquote. Man bemühe sich um familiengerechte Programme. Bei den Führungskräften habe man momentan drei männliche Vorstände, neun männliche Bereichsdirektoren, insgesamt 16 Filialleitungen, davon sieben Frauen. Man hätte hier gerne mehr. In diesen Positionen erwarte man allerdings mehr als eine 38-Stunden-Woche und ein sehr hohes Engagement.

Das Thema Stilllegungen sowie Absterben von Ortskernen sei eine anstrengende Diskussion, Am Ende des Tages habe man einen Trend zu ziehen, und man könne sich auch als öffentlich-rechtliches Geldinstitut nicht den Trends entziehen. Man folge den Kunden. Auch in Niedernberg gehe man beispielsweise in die neue Ortsmitte. Es müsse an der einen oder anderen Stelle den bedauerlichen Fortgang aus Zentren geben, die nicht mehr das pulsierende Leben darstellen. Als Wirtschaftsunternehmen müsse man sich der Realität stellen.

Kreisrat Dr. Linduschka lobte den offenen und ehrlichen Umgang mit den Informationen, dies sei fair und gut. Weiterhin finde man den Leitgedanken der FDP-Fraktion wieder. Die Wirtschaft müsse sich an Sachgesichtspunkten orientieren und daher auch unpopuläre Entscheidungen treffen, die öffentlich negativ erscheinen. Dies liege im Interesse aller und es werde im Interesse der Öffentlichkeit gewirtschaftet. Er bedanke sich für den Mut und das Durchhaltevermögen und wünsche sich auch in Zukunft einen so offensiven Umgang.

Kreisrat Weber befragte Vorstandsvorsitzenden Feußner nach einer möglichen Fusion mit Aschaffenburg und dem aktuellen Sachstand, schließlich gebe es gute Gründe für Fusionen.

Vorstandsvorsitzender Feußner teilte dazu mit, auch am bayerischen Untermain müsse man sich natürlich Gedanken über sinnvolle Strukturen und die Zukunftsfähigkeit machen. Dies habe man getan, dieses Thema sei auch nicht nur im Kreistag aktuell, sondern auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparkasse. Daher sei der Verwaltungsrat im letzten Jahr um eine Entscheidung gebeten worden, da Klarheit gewünscht gewesen sei. Er stellte klar, es habe keine Fusionsverhandlungen, sondern lediglich ein Sondierungsgespräch im Herbst gegeben. Die Ergebnisse dieses Gespräches seien in der Weihnachtszeit im Verwaltungsrat besprochen worden. Klar sei hier gesagt worden, dass aus Sicht der Sparkasse Miltenberg-Obernburg eine Fusion aktuell keinen Sinn mache. Beide Partner seien stark, die Sparkasse Aschaffenburg sei zwar größer als Miltenberg-Obernburg, aber nicht besser oder stärker. Wenn solle es eine „Liebesheirat“ und keine „Musshochzeit“ sein. Das starke Unternehmen Sparkasse Miltenberg-Obernburg werde daher für die Zukunft erst einmal „stand-alone“ bleiben. Sicher sei es möglich, dass diese Thematik in einigen Jahren wieder aktuell werde. Man sei im Moment froh, dass diese Entscheidung so klar und eindeutig gefallen sei.

Landrat Schwing bekräftigte, es handele sich keinesfalls um eine langweilige Frage. Die Frage entscheide allerdings der Gewährträger. Die Frage sei immer aktuell. Eine Fusion sei generell nur mit Aschaffenburg sinnvoll. Man müsse dies allerdings in einem größeren Zusammenhang sehen. Man habe sich in einer zweitägigen Klausur bereits mit dem Thema beschäftigt, wo die Zukunft aussehe und wie man die Ziele und Ideen des Landkreises Miltenberg am besten verwirklichen könne. Daher gebe es nur zwei Möglichkeiten, die Fusion mit Aschaffenburg oder die „stand-alone“-Lösung. Beide Sparkassen seien im Moment stark genug und eine Fusion sei daher nicht nötig. In einigen Jahren könne man hierüber eine erneute Debatte führen.

Kreisrat Dr. Kaiser stimmte vollinhaltlich Kreisrat Dr. Linduschka zu. Er wolle Vorstandsvorsitzenden Feußner und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das höchste Lob aussprechen, in Franken als „Passt scho“ bekannt.

Auch wenn es bisher wohl keine sogenannte Kreditklemme gebe – bei einem Vortrag der Nassauischen Sparkasse vor einiger Zeit habe er die Gelegenheit gehabt, einen Vortrag des Mediators der Bundesregierung, Herrn Hans Joachim Metternich, zu hören. Dessen zentrale These sei gewesen, die Kreditklemme komme erst, und zwar mit dem Konjunkturaufschwung. Daher stelle er die Frage, ob die Sparkasse darauf gerüstet sei, dass auch verstärkten Anforderungen von Unternehmen Rechnung getragen werden könne. Weiterhin habe er dieser Tage in der Süddeutschen Zeitung eine kleine Notiz des Verbandes der Maschinen- und Anlagebauer lesen können, die aussage, man habe trotz Wachstum der Aufträge noch einige Sorgen und die größte Sorge sei die Sicherung der Liquidität.

Die Sanierung der Landesbank betreffe stark auch den Landkreis Miltenberg in Bezug auf den vorgesehenen und von der EU vorgeschriebenen Verkauf von Tochtergesellschaften der Bayerischen Landesbank, z. B. frühere gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften, daher stelle er die Frage, ob diesbezüglich Pläne für den Notfall vorliegen und ob Möglichkeiten bestehen, dass Kommunen einsteigen würden.

Bezüglich einer vorliegenden schriftlichen Anfrage der Gruppierung ödp/BLU richtete Kreisrat Dr. Kaiser seine Frage an Kreisrat Scholz, ob die Frage zurückgezogen worden sei oder noch beantwortet werde.

Landrat Schwing wies direkt darauf hin, dass weder der Vorstandsvorsitzende Feußner noch er selbst Fragen zu Einzelengagements beantworten dürfen. Außerdem habe dies mit der Bilanz nichts zu tun.

In Bezug auf den Verkauf von Gesellschaften habe man keine neuen Informationen. Die Anzahl der Wohnung sei so hoch, ein Einstieg von Landkreis oder Kommunen sei daher undenkbar.

Vorstandsvorsitzender Feußner ergänzte die Ausführung mit der Behandlung der Frage, ob Sparkassen hier einsteigen könnten. Aus Sicht der Sparkasse sei dies unmöglich, da die Sparkasse weder das Kerngeschäft noch die Kompetenz dafür habe, Wohnung aufzukaufen. Dies betreffe alle Sparkassen. Diese wirtschaftspolitische Herausforderung sei keine Aufgabe einer Sparkassenorganisation.

In Bezug auf die Ausführungen zum Kreditmediator teile er nicht ganz die Einschätzungen von Kreisrat Dr. Kaiser. Aus Sicht der Verbandsebene (sowohl die Sparkassenverbände als auch die Genossenschaftsverbände) entfalte dies kaum eine Wirksamkeit. Den praktischen Mehrwert halte er für sehr gering. Im Übrigen sei dies auch ein Thema in Spitzenverbänden von Handwerk, IHK, etc.

Weiterhin gebe es das Problem der Prozyklizität von Basel II, werden Bilanzen schlechter, werde das Rating schlechter, und so werde es teurer für die Kunden, Kredite zu bekommen. Dies sei ein Auswuchs von politischen Entscheidungen, die man nicht beeinflussen könne. Damit werde es nicht unbedingt leichter.

Da das Thema der Maschinen- und Anlagenbauer in der Region eine Bedeutung habe, habe man sich natürlich auch hiermit beschäftigt. Die genannten Sorgen betreffen allerdings eher die größeren Verbände, mit den kleineren habe man aus Sicht der Sparkasse keine Probleme. Im Zuge von Gegensteuerungsmaßnahmen und Stresstests könne er versichern, dass in unserer Region, auch wenn die Bilanzen noch ein Stück weit schlechter werden sollten, in der Größenordnung keine Probleme haben werden. In den größeren Sektionen werde es Probleme geben, was auch am großen Anteil der Landesbank an Volumina in der Finanzierung liege. Dies werde eine mittlere Sparkasse nicht auffangen können. Man rede hier von Kreditvolumina jenseits von 100 Mio. €

Er wiederhole die klare Aussage nochmals, man stehe bereit für die kommenden Kreditthemen, man werde hoffentlich Liquiditätsfinanzierung bekommen. Das Kerngeschäft liege im Verkauf von Krediten. Bei allen Problemen mit Basel II sehe man für unsere Region kein Problem.

Kreisrat Stappel dankte im Namen der Fraktion Neue Mitte Vorstandsvorsitzenden Feußner für seine offiziell und korrekt vorgetragenen Ausführungen. Das positive Ergebnis dieses Geschäftsberichtes bringe etwas Sicherheit in die Region. Die Fehler der Landesbank seien leider auf die Hausbanken übertragen worden. Wenn man als Sparkasse etwas für die Öffentlichkeit tun wolle, könne man nur öffentlich und ehrlich zu den Kunden sein.

Er sei weiterhin beruhigt, dass das Thema Fusion für die nächsten Jahre vom Tisch sei. Auch ein kleines Unternehmen könne sehr erfolgreich arbeiten. Er sprach nochmals seinen Dank an das ganze Gremium der Sparkasse. Die Aussagen zum Kreditvolumen hätten ihn beruhigt. Er sei sicher, dies werde durch die aufsteigende Wirtschaft in Anspruch genommen. Er bedankte sich für die gute Zusammenarbeit und wünschte viel Erfolg.

Kreisrat Dr. Fahn dankte im Namen der Freien Wähler für den Bericht und bestätigte uneingeschränkt das Lob des Kreisrates Dr. Linduschka. Er finde die Lösung in Sachen Fusion gut und richtig. Durch die gute Geschäftspolitik der Sparkasse Miltenberg-Obernburg sei die „stand-alone“-Lösung gut für die nächsten Jahre.

Kreisrat Frey ging noch einmal auf die Frage von Kreisrat Dr. Kaiser in Bezug auf den vorliegenden Antrag der ödp/BLU ein. Diesbezüglich sei man nun überzeugt, dass es nicht sinnvoll sei, diesen Themenkomplex am heutigen Tage und in diesem Gremium zu erläutern.

Kreisrat Andre dankte ebenfalls und ergänzte, da er sich fast allen Wortmeldungen anschließen könne, stelle er fest, dass man am heutigen Tage eine Allparteien-Koalition in Bezug auf die Sparkasse habe.

Tagesordnungspunkt 3:

**Bericht zum Verkehrsmodell für den Landkreis Miltenberg durch Herrn Baudirektor Biller (Staatliches Bauamt Aschaffenburg)**

Landrat Schwing begrüßte Baudirektor Biller des Staatlichen Bauamtes Aschaffenburg, Bauoberrat Zangel und Dr. Janko, Büro PTV.

Baudirektor Biller gab den Bericht zum Verkehrsmodell für den Landkreis Miltenberg anhand der anliegenden Präsentation.

Landrat Schwing dankte ihm für seine interessanten Ausführungen, die man noch auf die Kreisstraßen herunterbrechen müsse. Für alle sei sicherlich überraschend, dass trotz der hohen Investitionen in den ÖPNV keine gewaltigen Fortschritte zu verzeichnen seien. Man könne nicht einmal die Zuwächse kompensieren. Es gebe eine Menge an Notwendigkeiten, die man nicht außer Acht lassen dürfe, dies würde die nachfolgende Generation übelnehmen. In Bezug der Verkehrszunahme auf der B469 in Richtung Amorbach habe man keine Lösungsansätze und kaum Möglichkeiten.

Kreisrätin Almitter dankte für die Verkehrsprognosen und stellte die Frage, von was man ausgehe, wenn im Raum Südspessart von 2.000 Fahrzeugen und 37 % die Rede sei. Zunahme sei Zunahme.

Die Entlastung der Brücke bei Obernburg sei damals auch Argument beim Bau der Brücke in Niedernberg und Kleinwallstadt gewesen. Es interessiere sie auch, warum die rechtsmainische Schiene entlastet werden solle. Baudirektor Biller habe erwähnt, es lohne sich nicht den ÖPNV auszubauen, mache aber eine Prognose für 2025. Allerdings wisse man nicht, wie sich in den nächsten Jahren der Spritpreis und die demographische Veränderung der Bevölkerung entwickeln werde. Neue Konzepte seien angebracht und notwendig im Bereich des ÖPNV. Sie zitierte einen alten Spruch von Bündnis 90/Die Grünen: „Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten“.

Kreisrätin Weitz erwähnte, die Auffahrt Nord in Obernburg bringe nach Fertigstellung zumindest eine kleine Entlastung im Bereich des Brückenkopfes auf Obernburger Seite. Sie stellte die Frage nach einer möglichen Untersuchung, wie viele Fahrzeuge weniger auf diesem Brückenkopf ausfahren. In Spitzenzeiten liege weiterhin eine große Gefahrenquelle auf der Einfädelspur auf die Mainbrücke von der B469 vor. Der Knackpunkt liege an der Auffahrt der Brücke, daher stelle sie die Frage, ob eine Kreisellösung hier in Frage komme.

Kreisrat Frey stellte seine kritische Sichtweise dar. Ihm fehle komplett eine Analyse der Schadstoffbelastungen, überhaupt der Umweltbelastungen, die ein solches Konzept mit sich bringe. Die Bundesregierung habe sich eigentlich darauf verständigt, bis 2015 den Schadstoffausstoß um 80 % zu reduzieren. Im Vordergrund müsse eine bessere Vernetzung der verschiedenen Verkehrssysteme stehen, vor allem eine Strategie zur Verkehrsvermeidung. Ein Ausbau der B469 führe zu einer großen Belastung für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Miltenberg. Die B469 sei zwar relativ stark befahren, aber es seien doch verhältnismäßig wenige Behinderungen derzeit vorhanden. Eine Ertüchtigung dieser Strecke sei somit aus seiner Sicht überflüssig. Es sei denn, jemand plane eine Verkehrsverdichtung im Maintal. Straßen- und Brückenneubauten in unserem Kreis sollten seiner Ansicht nach den örtlichen Bedürfnissen Rechnung tragen, man solle nicht den überörtlichen Verkehr mit bedenken. Statt eines reinen Straßenkonzeptes sei ein vernünftiger Infrastrukturplan notwendig.

Landrat Schwing bat darum, diese Fragen an anderer Stelle zu diskutieren. Ein Gremium wie der Kreistag sei hier überfordert.

Kreisrat Eppig stellte eine gezielte Frage zu einer möglichen Planung, Zeitschiene und Berechnung von Einsparungen (gegenüber einer Umgehungsstraße) bei Neubau einer Brücke von der Gemarkung Großwallstadt zur Gemarkung Kleinwallstadt/Elsenfeld.

Baudirektor Biller beantwortete sodann die bisher angefallenen Fragen. Bei der Südspesartanbindung 2315 mit einer Zunahme von 2.000 Fahrzeugen liege noch keine Verdoppelung des Verkehrs vor. Bei Lärmbetrachtung sei diese Zunahme sicherlich innerorts zu spüren, dies sei aber nicht das Kernproblem. Deutlich müsse er sagen, die Hauptbelastung trage die baden-württembergische Seite.

Die Entlastung Obernburg-Kleinwallstadt sei sicherlich ein Thema. Es sei geprüft worden, welche Maßnahmen man bezüglich der Rückstauwirkungen ergreifen könne. Natürlich helfen kleine Maßnahmen nur zeitweilig und dies könne nicht die Generallösung für die Zukunft sein. Man benötigte Nachhaltigkeit. Einen Ausbau der Brücke koste sehr viel Geld, und eine nötige Ersatzbrücke koste fast so viel wie ein Neubau. Daher müsse man die Zukunft bedenken und er sehe eine Brücke im Bereich von Kleinwallstadt daher für sinnvoll an. Die Nutzereffekte müssen berücksichtigt werden und dies werde sachlich und nüchtern festgestellt. Der Verkehr wird sich in den Spitzenstunden so einpendeln, wo er am schnellsten sein Ziel erreichen kann. Dies könne sowohl im rechtsmainischen Bereich als auch auf der B469 sein. Man betrachte daher ausschließlich die Spitzenzeiten. Solche Effekte seien aus dem Modell abzusehen.

Weiterhin habe er nicht gesagt, dass es sich nicht lohne, den ÖPNV auszubauen. Er habe lediglich erklärt, dass mit dem ÖPNV keine Entlastungswirkung auftreten werde. Eine Verbesserung des Angebotes zeige nur eine geringe Entlastungswirkung. Dies zehre nicht einmal die Zunahmeeffekte auf. Eine solche Untersuchung sei ein Ansatz im Modell.

Man müsse betrachten, wie stark der örtliche Verkehr belastet sei, und etwas unternehmen, damit es nicht zu einem Verkehrskollaps führe. Nichtstun würde dies nur belasten und dies könne nicht das Ziel sein.

Man rechne mit einer Entlastung von rund 1.000 Fahrzeugen am Knotenpunkt Obernburg. Dies sei nicht nur ein Entlastungseffekt für die Obernburger Brücke, sondern letztlich auch für die Ortsdurchfahrt.

Ein Kreisverkehrsplatz sei sicherlich interessant und sei zu prüfen, löse aber nicht das zentrale Problem. Kreisverkehrsplätze mit einer Verkehrsbelastung von über 25.000 Fahrzeugen stehen an ihrer Leistungsgrenze. Und man habe auf der Obernburger Brücke in diesem Bereich fast 30.000 Fahrzeuge und gerade bei Spitzenbelastungen sei dies nicht die Lösung auf Dauer. Es scheitere an den großen Verkehrsmengen.

Das Verkehrsmodell habe weiterhin nicht die Aufgabe, die Schadstoffbelastung zu messen. Man erreiche schon viel, wenn man Stauungen vermeide und den Verkehrsfluss in einem ordentlichen und richtigen Verhältnis zum Aufkommen bewahre. Dies trage auch dazu bei, den Schadstoffausstoß zu reduzieren. Oberste Prämisse gelte dem regionalen und örtlichen Verkehr, daher sei auch das Konzept darauf abgestimmt.

Eine Ortsumgehung Kleinwallstadt sei für den Ausbauplan angemeldet. Generell sei zu sagen, man erreiche zwar Entlastungseffekte in den Bereichen der Ortsdurchfahrten, aber man halte die Verkehrsströme rechtsmainisch nicht weg. Dies bedeute, man investiere viel Geld punktuell um Bürgern zu helfen, löse aber nicht das Verkehrsproblem. Die Investitionen allein für eine Brücke Kleinwallstadt, um den Kollaps in Obernburg zu vermeiden, würden bei 15 Mio. € und mehr liegen. Dies sei nicht so locker aus dem Staatsstraßenhaushalt zu leisten.

Kreisrätin Fichtl befragte Baudirektor Biller bezüglich eines Zeitpunktes zum Planfeststellungsverfahren der Brücke Collenberg und ob eine Unterhaltung der alten Mainbrücke für den örtlichen Verkehr erhalten bleibe und durch Abstufung dann in Trägerschaft an die Gemeinden gehe.

Kreisrat Scherf halte das Gutachten für einseitig mit altbekannten Antworten und Konzepten. In Bezug auf ÖPNV sei er nicht überrascht über die Feststellung, dass dieser nichts bringe,

auf welcher Datenbasis dies allerdings beruhe. Oder rechne man auf Grund der Vielzahl von Baumaßnahmen mit sinkenden Teer- und Betonpreisen, so dass dies günstiger würde als ein Bahnausbau.

Kreisrat Dr. Fahn entgegnete, man müsse beachten, dass Baudirektor Biller Leiter des Straßenbauamtes sei und aus diesem Gesichtspunkt könne er keine Schadstoffdiskussionen führen. Natürlich müsse man diese Diskussionen führen, allerdings im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes. Weiterhin befragte er Baudirektor Biller nach dem zeitlichen und finanziellen Rahmen des Konzeptes.

Kreisrat Schmedding meinte, man müsse etwas dagegen unternehmen, dass mehr Durchgangsverkehr angezogen werde.

Kreisrat Kuhn sprach ebenfalls den Durchgangsverkehr an. Das Verkehrsmodell zeige klar, dass hier ein starkes Zuwachs von Seiten Michelstadt und Walldürn vor uns liege. Zum Problem werde dies im Bereich Amorbach und Schneeberg, insbesondere dort, weil keine Ortsumgehung existiere. Daher frage er, wie weit die Ausbaumaßnahme Baden-Württemberg beim Verkehrsmodell berücksichtigt werde (Ortsumgehung Osterburken und zusätzlicher Straßenausbau Richtung Walldürn und Buchen). Erstaunt sei er weiterhin, dass keine Entlastung auf der Staatsstraße von Miltenberg nach Walldürn zu erwarten sei, weil die Umgehung bei Großheubach bereits ausgelastet sei.

Kreisrat Dr. Steidl erwähnte die genannte teure Verkehrsbeeinflussungsanlage auf der B469 und ob ein Anschluss mit Kreisverkehr auf dem Streckenbereich zwischen Obernburg und Aschaffenburg nicht sinnvoller sei. Weiterhin merkte er zum Lärmschutz auf der B469 im Bereich von Obernburg und Würth an, wäre diese nicht so sinnvoll ausgebaut zum jetzigen Zeitpunkt, überlege man sich sicher wegzuziehen oder einen schlechter bezahlten Job hier zu suchen. Von daher handele es sich um eine politische Entscheidung.

Kreisrat Dotzel begrüßte grundsätzlich das vorliegende Verkehrsgutachten, allerdings enthalte es für 2025 für ihn zu wenig Visionen. Er sage auch, der ÖPNV sei zu prüfen, beispielsweise ein Anschluss von Miltenberg durchgängig nach Frankfurt. Ihm fehle für den Landkreis die Verkehrsdurchlässigkeit. Man habe weiterhin schlechte Anbindung nach Süden und Osten. In den nächsten 15 Jahren könne man so nicht vorangehen, man brauche wirkliche Zukunftslösungen.

Kreisrat Scholz erwähnte den Zeitaspekt und dass er nicht glaube, dass die Prämisse auf dem örtlichen Verkehr liege. Solle man die Region für den Durchgangsverkehr attraktiver machen? Dies könne nicht die Aufgabe sein. Dies würde das Leben hier unattraktiv machen. Er halte dies für problematisch. Natürlich habe man in Obernburg ein echtes Problem, aber sonst habe man doch keine Stauprobleme. Daher halte er einen weiteren Ausbau für unnötig. Auch im Hinblick auf die Menschen vor Ort.

Kreisrat Maurer wies darauf hin, dass im nächsten Jahr die Ortsumgehung Obernau in Betrieb gehe. Diese werde mehr Verkehr auf die 2309 ziehen und sei seiner Meinung nach nicht ganz durchdacht gewesen. Weiterhin möge es sein, dass eine Brücke (z. B. Standort Kleinwallstadt) Verkehr wegziehe, aber er warne davon zu unterschätzen, wie viel Verkehr eine Brücke auch bringe, sie entlaste nicht nur. Wenn man Niedernberg-Sulzbach sehe, infrastrukturell hervorragend (hier dankte er auch Landrat Schwing für seinen jahrelangen Einsatz), sehe man, dass eine solche Brücke auch Verkehr bringe. Man sollte dies in die Überlegungen einbeziehen.

Baudirektor Biller beantwortete sodann die weiteren Fragen. In Bezug auf Kirschfurt und den Zeitplan der Planfeststellung erklärte er, im nächsten Jahr werde der Ausbauplan für Staatsstraßen kommen und dann werde man sehen, wie die zeitliche Abfolge der Planfeststellung

terminiert werden könne. Er gehe davon aus, dass die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens aus gegenwärtiger Sicht nicht vor 2012 erfolgen werde.

Sollte die neue Brücke gebaut werden, sei klar, dass der bestehende Streckenzug zur Ortsstraße abgestuft werde, ein entsprechendes Umstufungskonzept sei auch von der baden-württembergischen Seite vorgesehen. Beide Seiten werden diesen Standort dann umstufen zur Ortsstraße.

Zur Verkehrsvermeidung sei natürlich zu untersuchen, welche Probleme in der Zukunft liegen könnten. Die Datenbasis einer Prognose müsse abgestimmt werden mit dem Bund, und dies auch mit dem Horizont 2025. Eine größere Sichtweise sei nicht möglich, darüber hinaus sei es zu vage.

Baudirektor Biller erklärte weiter, man wolle den Durchgangsverkehr nicht attraktiv machen, sondern es handele sich um Effekte, die man berücksichtigen müsse.

In Bezug auf die Frage von Kreisrat Dr. Fahn zum Nadelöhr Trennfurt, Wörth, Kleinheubach sei der 2+1 ein Ansatz zur Lösung, eine zeitliche Schiene gebe es noch nicht. Er gehe davon aus, dass es zunächst notwendig sein werde, den Knotenpunkt Kleinheubach zu bauen. Hier werde es Zeit, nach 2-3 Jahren endlich in die Planfeststellung zu kommen, man habe mit Hochdruck dieses Konzept ausgearbeitet, und nicht nur das Projekt dauere vier Jahre, sondern auch die Planfeststellung dauere mittlerweile zwei Jahre. Er werde froh sein, wenn dieser Schritt erreicht sei und er wäre auch froh, wenn man im Herbst dieses Verkehrsmodell abschließen könne. Man müsse immer einen Takt voraus (zum Kollaps) sein.

Baudirektor Biller ging weiter darauf ein, was man gegen den Durchgangsverkehr tun könne. Natürlich könne man diesen nicht wegblasen. Eine 30-Zone durch Eichenbühl mache natürlich diese Strecke auch nicht besonders attraktiv. Diese Verkehrsachsen haben sich einfach auf Grund der topographischen Situation so entwickelt. Daher müsse man immer prüfen, was man tun kann. Eine Ortsumgehung sei nicht immer eine Lösung, dafür reichen auch die Mittel in der Zukunft nicht. Es sei die Lärm- und Schadstoffbelastung ebenfalls zu berücksichtigen.

Ein Ausbau Osterburken habe man im Modell nicht angesetzt, es sei aber kein Problem, diese Prognose mit anzusetzen, um zu sehen, welche Verkehrsentwicklung sich daraus ergeben werde. Es sei geplant, das Verkehrsmodell auch noch einmal grenzüberschreitend abzustimmen und nachzuzustieren.

Ein Kreisverkehr beispielsweise in Laudenbach könne man nicht machen, dies wäre gegen den Verkehr, man würde den Verkehr abbremsen und das sei nicht möglich. Insofern sei eine Verkehrsbeeinflussungsanlage sinnvoll, diese korrespondiere beispielsweise auch mit dem Verkehrsfluss auf der Autobahn. Natürlich müsse man dieses System sehr sorgfältig bearbeiten. Es sei nur ein Gedankengang, wie man später die Probleme lösen könnte. Mit dem heutigen Tage werde er daher nicht aussagen, dass eine Verkehrsbeeinflussungsanlage für 10 Mio. € für die B469 kommen werde. Es sei aber ein Punkt, den man diskutieren müsse.

An Kreisrat Scholz richtete er, man nehme das Thema Verkehr durchaus sehr ernst. Kreisrat Maurer dankte er für den Hinweis zu Obernau. Natürlich werde man im Zusammenhang mit Kleinwallstadt noch mehrere sensible Untersuchungen durchführen müssen, die sich weiter erstrecken. Die Grundtendenz sei da. Der Entlastungseffekt sei am größten mit einer zusätzlichen Brücke im Bereich Obernburg. Man müsse mehrere Gesichtspunkte betrachten.

Landrat Schwing dankte Baudirektor Biller auch dafür, dass er sich den kritischen Fragen gestellt habe. Man sei noch nicht am Ende des Verkehrsmodells, man müsse sich weiter damit beschäftigen. Er gab den Hinweis, alle kämpfen um den Erhalt und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, da damit die Zukunftsfähigkeit unseres Landkreises stehe und falle. Dies sei allerdings ohne Verkehr nicht denkbar. Was wäre beispielsweise ohne die B469? Einige wollten diese verhindern, man müsse sich vorstellen, was wäre, wenn diese nicht da wäre. Ganz ohne Verkehr gehe es eben nicht. Dies müsse man sich vor Augen halten.

Tagesordnungspunkt 4:  
**Beteiligungsbericht**

Kreiskämmerer Straub erteilte den jährlichen Beteiligungsbericht anhand der beiliegenden Präsentation.

Kreisrat Scholz stellte die Frage zu möglichen Neuerungen bei Verrechnungen zwischen ZENTEC GmbH und der Gründerzentrum GbR.

Landrat Schwing erklärte, man sehe am Ergebnis der GbR, dass der Verlust deutlich gesenkt werden konnte. Das Hauptziel sei nicht ganz erreicht, aber man habe eine verbesserte Verrechnung.

Die Mitglieder des Kreistages nahmen von diesem Bericht zustimmend Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 5:  
**Haushaltsplan 2010 - Genehmigung durch die Regierung Unterfranken**

Kreiskämmerer Straub erläuterte anhand anliegender Präsentation die Genehmigung des Haushaltsplanes durch die Regierung von Unterfranken.

Landrat Schwing ergänzte, dass man wie die übrigen Kommunen auch schwierigen Zeiten entgegen gehe und die Erstellung des Haushaltes 2011 kein Zuckerschlecken werde.

Tagesordnungspunkt 6:  
**Jahresabschluss 2008 des Landkreises Miltenberg;**  
**a) örtliche Prüfung**  
**b) Feststellung**

Die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Kreisrätin Fichtl, gab den Bericht zum Jahresabschluss 2008 anhand der beiliegenden Präsentation.

- a) Der Jahresabschluss 2008 wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss örtlich geprüft. Alle Ergebnisse des Jahresabschlusses sind im Prüfungsbericht vom 24.06.2010 enthalten. Den Bericht kann jedes Mitglied des Kreistages im Kreisrechnungsprüfungsamt einsehen. Auch eine Vorstellung des Berichts in den Fraktionssitzungen ist nach Terminvereinbarung möglich.
- b) Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 24.06.2010 dem Kreis-ausschuss und dem Kreistag die Feststellung des Jahresabschlusses mit seinen Anlagen empfohlen.

Der Kreistag fasste sodann einstimmig folgenden

**B e s c h l u s s :**

**Der Kreistag stellt den Jahresabschluss 2008 des Landkreises Miltenberg mit folgenden Ergebnissen gemäß Art. 88 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern fest.  
Ergebnisrechnung**

Gesamtbetrag der Erträge	94.146.587,27 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen	87.244.343,88 €
Saldo der Ergebnisrechnung	+ 6.902.243,39 €

**Finanzrechnung**

Laufende Verwaltungstätigkeit	
Gesamtbetrag der Einzahlungen	89.998.972,18 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen	77.027.450,82 €
Saldo	+ 12.971.521,36 €

Investitionstätigkeit	
Gesamtbetrag der Einzahlungen	3.752.005,03 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen	11.429.457,62 €
Saldo	..- 7.677.452,59 €

Finanzierungstätigkeit	
Gesamtbetrag der Einzahlungen	0,00 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen	3.028.988,65 €
Saldo	- 3.028.988,65 €

Saldo Finanzrechnung	+ 2.265.080,12 €
----------------------	------------------

**Vermögensrechnung (Schlussbilanz)**

Summe Aktiva und Passiva	162.371.114,71 €
--------------------------	------------------

**In die Feststellung werden die weiteren Bestandteile des Jahresabschlusses, die Teilrechnungen und der Planvergleich, der Anhang mit Anlagen und der Rechenschaftsbericht einbezogen.**

Tagesordnungspunkt 7:

**Rechnungsjahr 2008 - Erteilung der Entlastung**

Die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Kreisrätin Fichtl, erläuterte die Vorlage.

Der Jahresabschluss 2008 wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüft. Nach Art. 88 LKrO kann nach Durchführung der örtlichen Prüfung und der Feststellung des Jahresabschlusses anschließend die Entlastung erteilt werden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 24.06.2010 beschlossen, dem Kreisausschuss und dem Kreistag zu empfehlen, für 2008 die Entlastung nach Art. 88 Abs. 3 LkrO zu erteilen.

Der Kreistag fasste einstimmig folgenden

### **B e s c h l u s s :**

**Der Kreistag erteilt für 2008 die Entlastung nach Art. 88 Abs. 3 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern.**

**Grundlage dieses Vorschlags ist der Bericht zur örtlichen Prüfung des doppelten Jahresabschlusses 2008 des Landkreises Miltenberg.**

Tagesordnungspunkt 8:

### **Livestreamübertragung öffentlicher Sitzungen – Bekanntgabe der Entscheidung der Regierung von Unterfranken vom 26.05.2010 zur Eingabe von Kreisrat Dr. Heinz Linduschka vom 10.04.2010**

Verwaltungsdirektor Fieger erläuterte den Sachverhalt.

Zur Eingabe von Kreisrat Dr. Heinz Linduschka vom 10.04.2010 hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der Behandlung seines Geschäftsordnungsantrags in der Kreistagssitzung vom 25.03.2010 hat die Regierung von Unterfranken mit Schreiben vom 26.05.2010 Stellung genommen.

Die wesentlichen Inhalte der Stellungnahme sind folgende:

- Dem Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 03.11.2009 zur Überprüfung der technischen Möglichkeit einer Live-Stream-Übertragung aus öffentlicher Sitzung hat Herr Landrat Schwing Rechnung getragen und über den Antrag in der Sitzung des Kreisausschusses vom 18.03.2010 beraten und beschließen lassen. Die Abstimmung ergab die Ablehnung des Antrags mit 5:6 Stimmen.
- Nach den vorliegenden Unterlagen ist die Beschlussfassung im Kreisausschuss nicht zu beanstanden. Die Rechtsauffassung des Landratsamtes hinsichtlich der Zuständigkeit des Kreisausschusses wird von der Regierung von Unterfranken geteilt. Die Beschlussfassung im Kreisausschuss ist rechtlich korrekt.
- Dem steht nicht entgegen, dass der Antrag als „Antrag für den Kreistag“ bezeichnet war. Nach Auffassung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs in einem Urteil vom 10.12.1986 „spricht manches dafür, dass eine Aufnahme in die Tagesordnung“ (des Kreistags) „weiter nicht verlangt werden kann, wenn für die Angelegenheit ein anderes Organ ... zuständig ist.“ Sind einem beschließenden Ausschuss bestimmte Aufgaben ... übertragen worden, so ist deren Behandlung im Kreistag regelmäßig nicht möglich, es sei denn, die Aufgabenübertragung wird wieder aufgehoben. Auch soweit dem Landrat kraft Gesetzes Zuständigkeiten zugewiesen sind, ist die Behandlung einer solchen Angelegenheit im Kreistag unzulässig.

Die Ausführungen der Regierung von Unterfranken sind in zweierlei Hinsicht von allgemeiner Bedeutung:

Zum einen wird die Richtigkeit der bisherigen Praxis bestätigt, dass die Verwaltung nach dem Eingang eines Antrags aus den Reihen der Kreistagsmitglieder zunächst überprüft, welches Organ (Kreistag, Kreisausschuss, Fachausschuss) für die Beratung und Beschlussfassung des Antrags zuständig ist. Sodann setzt der Landrat den betreffenden Antrag auf die

Tagesordnung des zuständigen Organs und lässt ihn dort beraten und beschließen.

Zum anderen wird bestätigt, dass Angelegenheiten des Landrats, die ihm kraft Gesetzes zugewiesen sind – dazu zählen auch die „laufenden Angelegenheiten gemäß Art. 34 Abs. 1 Nr. 1 LKrO – nicht vom Kreistag oder anderen Beschlussgremien entschieden werden dürfen.

Landrat Schwing wies darauf hin, dass es sich lediglich um eine Bekanntgabe der Stellungnahme der Regierung von Unterfranken handele.

Kreisrat Wendland sprach für die FDP-Fraktion, man lasse den Sachverhalt rechtlich nochmals prüfen.

Kreisrat Dr. Fahn wies darauf hin, dass die Stellungnahme der Regierung von Unterfranken formal korrekt sein möge, er habe sich allerdings auf Grund des knappen Abstimmungsergebnisses auch gewünscht, das Thema ausführlicher zu behandeln.

Landrat Schwing erklärte, man könne alle Juristen nach Hause schicken, wenn man jeden Sachverhalt so behandeln wolle. Eine Demokratie lebe von der Mehrheit. Es sei ja nicht denkbar, alle großen Entscheidungen mit großer Mehrheit zu beschließen. Mehrheit sei Mehrheit. Es sei schade, mit solchen Dingen ganze Behörden zu beschäftigen. Es sei allerdings wichtig gewesen, solche Hinweise zu erhalten, um bestätigt zu werden, dass man in der Sachbehandlung richtig liege.

Tagesordnungspunkt 9:

### **Anfragen**

Kreisrat Dr. Kaiser entnahm dem Main-Echo vom 21.05.2010 im Sportteil, TSV Großwallstadt gebe es erstklassig nur noch in Aschaffenburg. Der Entschluss sei gemeinsam mit dem Verantwortlichen des Landkreises Miltenberg gefasst worden. Er stellte die Frage, ob dies in einem Gremium entschieden worden sei.

Landrat Schwing wies auf Zuständigkeiten in einem Verein hin. Ein Kreistag entscheide nicht, wo ein Verein spiele, dies entscheide der Verein selbst. Der TSV Großwallstadt habe in der Vergangenheit immer weniger Spiele bei uns gemacht, da die Halle in Aschaffenburg attraktiver sei (4.500 Zuschauer, bei uns nur 2.500 Zuschauer). Entscheidend sei auch der VIP-Raum gewesen, der bei uns zu klein sei. Diese Entscheidung stand an und man habe den Kompromiss gefunden, dass alle Pokalspiele und Europacup-Spiele in Elsenfeld ausgetragen werden, die Bundesligaspiele in Aschaffenburg. Man müsse auch den großen Aufwand für den Verein betrachten. Man habe keine andere Chance gehabt außer zuzustimmen.

Kreisrätin Weitz fragte, was aus dem Konzept der Landesgartenschau 2016 werde und ob dies trotzdem verwirklicht werden würde.

Landrat Schwing erklärte, dies liege in der Zuständigkeit der Städte und Gemeinden. Teilweise gebe es Überlegungen, auch wenn die Zeiten finanziell nicht besonders günstig stehen. Einige werden dies sicherlich umsetzen. Der Landkreis Miltenberg ist hier allerdings außen vor, man sei nicht Direktbeteiligter.

Kreisrat Scholz verwies auf einen Artikel im Main-Echo vom 06.07.2010 mit der Aussage, der Nichtraucherschutz würde im Landkreis Miltenberg nicht korrekt geprüft und umgesetzt. Der Landkreis Miltenberg habe mit über 70 % den Volksentscheid in Bayern angeführt. Er habe bereits den Hinweis bekommen, dass dies von der Presse nicht korrekt dargestellt worden sei und frage daher nochmals nach.

Landrat Schwing stellte klar, dass bestehende Gesetze unabhängig von der Entscheidung eines Volksentscheides selbstverständlich und zuverlässig vollzogen werden.

Verwaltungsoberratsrat Rüth stellte die missverständliche Information der Presse klar. Seine Stellungnahme sei in der Presse verkürzt dargestellt worden. Eine Behauptung, der Volksentscheid würde im Landkreis Miltenberg nicht beachtet werden, sei schlichtweg falsch. Seine klare Aussage sei gewesen, dass dieses Gesetz beachtet und vollzogen werde. Man warte auf Vollzugshinweise des zuständigen Ministeriums. In der Praxis sei es auch bisher so gewesen, dass man die Kontrolle auf Anfragen hin durchgeführt habe.

Landrat Schwing fügte hin, dass dieses Gesetz in fast dieser Form bereits schon einmal gegolten und es zu diesem Zeitpunkt keinerlei Probleme gegeben habe.

gez.

**Schwing**  
Vorsitzender

gez.

**Wagner**  
Schriftführerin